

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Ines Filohn
Telefon: 0331 866-1251
0331 866-1356
0331 866-1359

E-Mail: presseamt@stk.brandenburg.de
Internet: <https://www.brandenburg.de>

  @staatskanzleibb

Potsdam, 05.11.2025

Pressemitteilung

Stahlgipfel im Bundeskanzleramt

Woidke fordert klare Perspektiven für Stahlunternehmen

Brandenburg fordert klare Perspektiven für eine wettbewerbsfähige und klimaneutrale Stahlindustrie. Das machte Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke heute beim Stahlgipfel der Bundesregierung im Bundeskanzleramt deutlich. Er erklärte nach den Gesprächen: „Unser Wohlstand sowohl in Brandenburg aber auch ganz Deutschland hängt an den Wertschöpfungsketten der Industrie und diese beginnen oft beim Stahl. Unsere Stahlindustrie muss fest in Deutschland verankert bleiben. Dazu müssen jetzt die richtigen Weichen gestellt werden.“

Woidke erwartet von der Bundesregierung **Planungssicherheit bei den Energiepreisen**: „Wir brauchen wirksame Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie sichern. Dazu gehören bezahl- und planbare Energiepreise und ein verlässlicher Pfad für die klimaneutrale Transformation. Die Maßnahmen liegen auf dem Tisch, sie müssen jetzt ohne Verzögerung umgesetzt werden.“

Woidke fordert zudem einen wirksamen Handelsschutz auf europäischer Ebene. Brandenburg erwartet, dass hiesige Industrieunternehmen schnell vor ungerechten Handelspraktiken geschützt werden. Woidke: „Der **EU-Binnenmarkt** ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Dieses bedeutende Gewicht müssen wir auch in geopolitisch in anspruchsvollen Zeiten selbstbewusst zur Geltung bringen. Dabei gilt es, unsere industrielle Basis zu stärken und Schlüsselbranchen wie die Stahlindustrie vor unfairen Billigimporten zu schützen – damit Europa wirtschaftlich unabhängig und handlungsfähig bleibt, und das muss jetzt schnell umgesetzt werden.“

Woidke: „Die Stahlindustrie ist systemrelevant – nicht nur für Brandenburg, sondern für ganz Europa. Wenn wir Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Land halten wollen, müssen wir jetzt gemeinsam handeln: Bund, Länder, Unternehmen und Gewerkschaften. Brandenburg steht bereit, seinen Beitrag zu leisten.“